



## Antwort zur Anfrage Nr. 1646/2021 der Stadtratsfraktion PIRATEN & VOLT betreffend **Graue Energie (Piraten & Volt)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

- 1. Beachtet die Stadt Mainz in ihren Bauvorhaben derzeit „graue Energie“? Wenn ja, inwiefern? Wenn nein, warum nicht und plant die Stadt Mainz es ggf. zukünftig zu tun?**
- 2. Erachtet die Stadt Mainz es für sinnvoll, in ihren Bauvorhaben „graue Energie“ zu berücksichtigen? Wenn nein, warum nicht?**

Die Gebäudewirtschaft Mainz hat sich mit dem Thema „graue Energie“ bereits grundsätzlich befasst. Insbesondere bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Abklärung der Frage, ob ein bestehendes Gebäude saniert oder durch ein Ersatzgebäude ausgetauscht werden soll, hat mit Einbeziehung der Grundgedanken der „grauen Energie“ ein Umdenken stattgefunden; wengleich die Berechnungsmodelle der „grauen Energie“ noch in den Kinderschuhen stecken. Wichtig erscheint, dass man sich dem Grundansatz, den indirekten Energiebedarf bei Bauvorhaben mit zu berücksichtigen, nicht verschließt.

Die Verwaltung erachtet es für sinnvoll, bei Neubauten das Thema „graue Energie“ zu berücksichtigen. Die Landeshauptstadt hat hier eine Vorbildrolle inne.

Mit dem 2017 fertiggestellten UmweltBildungsZentrum der Stadt Mainz (ubz) wurde „graue Energie“ berücksichtigt. Das ubz war das erste öffentliche Gebäude in Rheinland-Pfalz, das vollständig aus Recyclingbeton gebaut wurde. Ein weiteres gutes Beispiel ist das neue Verwaltungsgebäude des Entsorgungsbetriebs in der Zwerchallee, welches ebenfalls aus R-Beton mit rezykliertem Gesteinskörnung als Werkstoff errichtet und im Sommer 2021 bezogen wurde.

Grundsätzlich fehlen leider noch die rechtlichen Voraussetzungen für einen standardisierten Einsatz von Recycling-Beton. Trotzdem sollte dieses Feld im Rahmen von geschlossenen Stoffkreisläufen weiter verfolgt werden.

Derzeit werden Überlegungen angestellt den Ansatz der „grauen Energie“ auch in den Baustandards festzuschreiben. Hierzu fehlt es aber noch an der Definition praktikabler Ansätze. Die GWM wird das Thema weiter im Auge behalten.

Da für alle Investitionsvorhaben der Stadt Mainz verbindlich vorgeschrieben ist, über die sogenannte Frankfurter Tabelle die Lebenszykluskosten zu berechnen, werden demnach auch jetzt schon Aussagen zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen Bau und Betrieb und zu den Umweltfolgekosten gemacht.

Mainz, 19.11.2021

gez.  
Marianne Grosse  
Beigeordnete